

„Nein zum Flächenfraß“

Interkommunaler Gewerbepark Oberhessen: Grüne der Region machen sich für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung stark

BORSDDORF (red). Der interkommunale Gewerbepark Oberhessen war Thema eines digitalen Treffens Grüner Vertreter der Region. Den kommunalen Parlamenten von Nidda, Gedern, Hungen, Echzell, Kefenrod, Ortenberg, Ranstadt und Schotten liegt derzeit die Planung zur gemeinsamen Entwicklung eines 19 Hektar großen Parks zur Entscheidung vor. Nach dem Treffen der Grünen herrscht Einigkeit: Die Ortsverbände unterstützen das Projekt unter der Kernanforderung von Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung hervor, die mit den Worten „Nein zum Flächenfraß“ und „Ja zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung“ überschrieben ist.

Hervorzuheben seien nach Ansicht der Grünen außerdem der kreisübergreifende interkommunale Charakter sowie die ökologische Eignung der geplanten Fläche und die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Wetterau unter Einbindung der Universitäten Gießen und Darmstadt. Um gezielt auch jungen Menschen im ländlichen Raum eine Zukunft zu bieten, sollten auch die Berufsschulen in die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts einbezogen werden.

Der Niddaer Fraktionsvorsitzende Marcus Stadler stellte das Projekt vor. „Wenn es darum geht, einer Flächenausweisung von 19 Hektar zuzustimmen, braucht es für Grüne schon verdammt gute Argumente“, sagte Stadler. Dem ökologischen Schaden durch Bebauung müsse ein deutlich höherer Nutzen und eine angemessene Kompensation gegenüberstehen. „Die Negativ-Beispiele der Logistikkomplexe in Wölfersheim, Lich und Hammersbach zeigen, wie es auf gar keinen Fall gehen darf. Die in Borsdorf ausgewiesenen Flächen stehen schon lange im Flächennutzungsplan und wurden zur NS-Zeit durch den damaligen Feldflughafen bereits stark in Mitleidenschaft gezogen. Die interkommunale Entwicklung des Gewerbegebietes bietet die große Chance, uns regional auf die Entwicklung einer zentralen Gewerbefläche zu beschränken, während gleichzeitig alle umliegenden Kommunen profitieren. So kann an anderer Stelle auf Baugebiete verzichtet werden. Sofern auch die notwendigen Kompensationsmaßnahmen für den Naturschutz sinnvoll genutzt werden, kann die Ökobilanz für den Gewerbepark positiv ausfallen“, führte Stadler aus. „Aber das größere Ziel muss kreis-

weit und mittelfristig ‚Netto-Null‘ heißen – also Versiegelung nur gegen Entsigelung oder Schutz bereits ausgewiesener Flächen an anderer Stelle.“

Mit dem Gewerbegebiet zwischen Borsdorf und Harb sollen neue Wege beschritten werden. Hohe ökologische Auflagen für energieeffizientes und ressourcenschonendes Bauen werden festgeschrieben. Die Ansiedlungsstrategie sieht technologieorientierte Unternehmen mittlerer Größe und mit höherqualifizierten Arbeitsplätzen vor, durch die sich ein gutes Verhältnis von bebauter Fläche zur Anzahl von Arbeitsplätzen ergibt. Unternehmen, die sich, um die Auflagen der Klimaneutralität zu erfüllen, neu aufstellen müssen, möchte man mit dem Gebiet ein Angebot machen. „Immerhin reden wir über die Schaffung von bis zu 2000 Arbeitsplätzen. Wenn diese mit ihren Familien hier wohnen und nicht pendeln müssen, ist das auch ein ökologischer Gewinn“, betonte der Ortenberger Felix Kratz. „Doch die Rechnung geht natürlich nur auf, wenn wir dafür an anderer Stelle in Oberhessen Flächen entlasten und weiteren Naturschutz schützen.“

„Bei einer Neuausweisung von Gewerbeflächen darf es nicht mehr ein-

fach nur darum gehen, dass für Gewerbe- und Industriegebiete im Rhein-Main-Gebiet kein Platz mehr ist und die Bodenpreise dort zu hoch sind. Das führt dazu, dass wir unsere wertvollen Böden weiter verramschen“, erklärte die Schottenerin Bernadette Eisenbart. Der Hungener Stadtverordnete Frank Bernshausen forderte: „Wir müssen aufhören mit großflächigen Hallenansiedlungen, die nur wenigen nützen, aber vielen schaden. Unser Gegenmodell heißt nachhaltig, zentral und mit möglichst kleinen Flächen möglichst hohe wirtschaftliche Effekte für alle zu erzielen.“

Einig ist sich die Gruppe auch darüber, dass eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung Oberhessens mit Nachhaltigkeit ein Markenkern der Region werden soll. „Auf keinen Fall möchte man als Anhängsel des Ballungsraums zusehen, wie die Region zubetoniert wird“, findet Christa Degkwitz vom Ortsverband Echzell.

Der Verbund aus Grünen-Ortsverbänden und -Fraktionen will sich auch künftig um kreisübergreifende Themen und kommunalpolitische Schnittstellen kümmern, um das Thema nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz in Oberhessen voranzutreiben.